

Wahlprüfsteine 2026

Landwirtschaft, ländliche Räume und Fischerei

1. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ist das wichtigste Förderinstrument für Landwirtschaft und ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern. Wie beurteilen Sie die aktuellen Diskussionen auf EU-Ebene zur künftigen GAP und zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)? Wie wollen Sie darauf Einfluss nehmen, und welche regionalspezifischen Maßnahmen wollen Sie im Rahmen der GAP ergreifen, um Wertschöpfung und Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern besser zu verbinden?

Die Gemeinsame Agrarpolitik ist für Mecklenburg-Vorpommern ein zentrales Instrument, um Landwirtschaft, regionale Wertschöpfung und starke ländliche Räume zu sichern. Die aktuellen Diskussionen zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen und zur GAP sehen wir mit großer Sorge und sind für uns nicht hinnehmbar, soweit sie auf Kürzungen, stärkere Zentralisierung und weniger regionale Gestaltungsspielräume hinauslaufen.

Für die SPD ist klar: Europa muss vor Ort wirken. Fördermittel dürfen nicht in zentralen Strukturen verschwinden, sondern müssen bei den Betrieben, in den Dörfern und in den Regionen ankommen. Gerade Mecklenburg-Vorpommern als Flächenland braucht eine verlässliche, eigenständige und ausreichend finanzierte GAP.

Die vorliegenden Zahlen machen deutlich, was auf dem Spiel steht. Mecklenburg-Vorpommern könnte in der kommenden Förderperiode rund 580 Millionen Euro verlieren. Besonders problematisch wären Kappung und Degression bei den Direktzahlungen: Die Mittel aus der ersten Säule könnten von derzeit rund 314 Millionen Euro jährlich auf etwa 151 Millionen Euro sinken. Das würde Investitionen, Arbeitsplätze, regionale Verarbeitung und Wertschöpfung im ländlichen Raum gefährden. Deshalb lehnen wir pauschale Kürzungen, Kappung und Degression ab, die die gewachsenen Betriebsstrukturen in unserem Land benachteiligen.

Einfluss nehmen wir über Bundesrat, Agrarministerkonferenz, Bundesregierung und den Austausch mit unseren Partnern auf europäischer Ebene. Deutschland muss in Brüssel geschlossen für starke Regionen, Planungssicherheit und den Erhalt regionaler Entscheidungsspielräume eintreten.

Inhaltlich wollen wir eine GAP, die wirtschaftliche Stabilität und ökologische Verantwortung verbindet. Betriebe brauchen weniger Bürokratie, verlässliche Einkommen und Investitionssicherheit. Zugleich müssen Leistungen für Klima-, Natur- und Gewässerschutz gezielt honoriert werden. Der Leitsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ bleibt für uns richtig. Das gilt für Grünlanderhalt, Moorschutz, Biodiversität, Gewässerschutz, nachhaltige Bodenbewirtschaftung, regionale Verarbeitung und den ökologischen Landbau. Gerade bei Agrarumwelt-, Klima- und Ökolandbaumaßnahmen braucht es Verlässlichkeit. Für das Verpflichtungsjahr 2025 wurden in Mecklenburg-Vorpommern rund 85 Millionen Euro (zweite GAP-Säule) für solche Leistungen ausgezahlt. Wenn diese Instrumente künftig auf EU-Ebene neu zugeschnitten oder gebündelt werden, müssen Länder und Regionen ausreichend Mittel und Gestaltungsspielräume behalten. Umweltleistungen müssen praxistauglich sein und fair bezahlt werden.

Die zweite Säule der GAP bleibt dafür zentral. Wir wollen erfolgreiche Programme für Agrarumweltmaßnahmen, Ökolandbau, Dorfentwicklung, LEADER, Naturschutz, regionale

Wertschöpfung und Investitionen in ländliche Räume fortführen. Unser Anspruch ist eine GAP, die sozial gerecht, regional wirksam und ökologisch verantwortungsvoll ist – mit den Betrieben, nicht gegen sie.

2. Wie wollen Sie mithilfe der EU den notwendigen Artenschutz und zugleich den Erhalt der Berufsfischerei in den Küstenregionen Mecklenburg-Vorpommern sicherstellen?

Artenschutz und Berufsfischerei dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern ist die Küstenfischerei trotz stark zurückgegangener Betriebszahlen weiterhin ein kleiner, aber eigenständiger Wirtschaftszweig und zugleich Teil regionaler Wertschöpfung, maritimer Identität und gewachsener Küstenkultur. Zugleich brauchen Meeressäuger, Seevögel, Fischbestände und sensible Lebensräume wirksamen Schutz.

Unser Ansatz ist deshalb: Schutz dort, wo er ökologisch notwendig ist, und Unterstützung dort, wo Betriebe unter Druck stehen. Wir setzen uns für praxistaugliche Lösungen ein – etwa für moderne, beifangarme Fanggeräte, den konsequenten Umgang mit Geisternetzen, bessere wissenschaftliche Daten, Schutz- und Rückzugsräume sowie eine wirksame Regulierung der Industriefischerei. Den angekündigten Aktionsplan Meer unseres Bundesumweltministers begrüßen wir außerordentlich und setzen auf eine kraftvolle Umsetzung des Planes.

Konkrete Vorschläge haben wir in Mecklenburg-Vorpommern bereits auf den Weg gebracht. Dazu gehört die Unterstützung fischereitechnischer Infrastruktur ebenso wie die Förderung neuer Fangmethoden und die Weiterentwicklung des Berufsbildes. Mit der Sea Ranger-Ausbildung ist aus einer innovativen Idee Realität geworden: Fischerinnen und Fischer erhalten zusätzliche Qualifikationen in Fischerei, Meeresumwelt, Umweltmonitoring, Kommunikation und moderner Fischereitechnik. Damit verbinden wir traditionelles Wissen mit neuen Aufgaben im Meeresschutz, in Forschung und Umweltbildung.

Auch bei Konflikten mit geschützten Arten wie Robbe und Kormoran setzen wir auf Ausgleich, belastbare Daten und europäische Lösungen. Schäden an Fang und Gerät müssen ernst genommen werden; zugleich braucht es ein wissenschaftlich fundiertes Monitoring, insbesondere bei Robbenbeständen.

Unser Ziel ist eine Küstenfischerei mit Zukunft: ökologisch verantwortungsvoll, wirtschaftlich tragfähig und fest verankert in den Küstenregionen. Dafür wollen wir Artenschutz, Forschung, regionale Wertschöpfung und die Erfahrung der Fischerinnen und Fischer stärker zusammenbringen.

Welche Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie planen Sie?

Kommunen werden bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch das Land Mecklenburg-Vorpommern mit hohen Fördersätzen und zusätzlichen Flächen unterstützt. Investive Maßnahmen zum Erhalt, zur Herstellung oder zur Entwicklung eines guten Gewässerzustandes können einschließlich der Planungsleistungen mit 90 Prozent gefördert werden. Auch konzeptionelle Vorhaben werden mit 90 Prozent bezuschusst. Dazu gehören unter anderem Machbarkeitsstudien, Gewässerentwicklungs- und pflegepläne sowie Maßnahmenerfolgskontrollen.

Zusätzlich unterstützt das Land die Umsetzung durch Flächen. Rund 2.500 Hektar ehemals von der BVVG erworbene Flächen stehen Vorhabenträgern für Maßnahmen zur Verfügung. Wird weiterer Flächenerwerb erforderlich, kann auch dieser mit 90 Prozent gefördert werden. Die Finanzierung ist bis zum 31. Dezember 2029 über die WasserFÖRL M-V 2024 möglich. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist eine zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen streben wir für die kommende Förderperiode an, gleiche oder ähnliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wissenschaft, Bildung und Jugend

3. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Mecklenburg-Vorpommern als Forschungsstandort im Ostseeraum gegenüber hochfinanzierten Zentren in Skandinavien konkurrenzfähig bleibt, und welchen Beitrag wollen Sie zur europäischen Forschungskooperation leisten?

Bei der Forschungsförderung werden wir uns auf die Forschungsstärken im Land fokussieren. Dabei setzen wir u.a. auf Schlüssel- und Zukunftstechnologien, die auch im Rahmen der High-Tech-Agenda des Bundes und im europäischen Kontext des neuen EU-Forschungsrahmenprogramms verstärkt gefördert werden. Insbesondere sehen wir Schwerpunkte im Bereich der Fusionsforschung, der Biotechnologie, der Meeres- und Klimaforschung, der Gesundheits- und Lebenswissenschaften bis hin zu Digitalisierung und neuen Energietechnologien. Der Einsatz und die Erforschung von KI sind dabei in vielen Disziplinen notwendig und zu forcieren. Digitale Forschungsinfrastrukturen - wie insbesondere das KI-Zentrum an der Universität Rostock - werden wir weiterhin engagiert unterstützen. Wir setzen auf einen schnelleren Transfer von Innovationen in die wirtschaftliche Anwendung und wollen verstärkt Ausgründungen von Start-Ups aus den Wissenschaftseinrichtungen erreichen. Die Ermöglichung von Prototypen und Pilotprojekten unterstützen wir, damit Studien nicht in der Theorie verharren, sondern angewandt werden können. Die internationale Sichtbarkeit des Landes wird durch die von den Universitäten eingeworbenen Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs und Forschungsgruppen deutlich erhöht. Diese Spitzenforschung wollen wir weiter unterstützen, damit sich die Universitäten noch erfolgreicher an großen Forschungsprogrammen wie der Exzellenzinitiative beteiligen können.

Unser Beitrag zur europäischen Forschungskooperation liegt vor allem in der stärkeren Vernetzung unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Partnern im Ostseeraum sowie in einer aktiven Nutzung europäischer Förder- und Kooperationsprogramme.

4. Wie wollen Sie junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern stärker an europäische Politik heranführen, ihre politische Beteiligung fördern und europäische Bildungs- und Austauschprogramme im Land ausbauen?

Wir wollen junge Menschen stärker an politische Entscheidungen heranführen und ihre Beteiligung weiter ausbauen. Europa gehört für uns dabei ausdrücklich dazu. Es ist wichtig, dass junge Menschen die Möglichkeit haben, sich auch über Landesgrenzen hinweg, besser kennenzulernen. Durch europäische Bildungs- und Austauschprogramme wird dies ermöglicht. Europäische Bildungs- und Austauschprogramme sollen sichtbarer, leichter zugänglich und besser mit Schulen, Hochschulen, Jugendverbänden und außerschulischen Trägern verknüpft werden. Wichtig ist uns, dass Europa im Alltag junger Menschen nicht abstrakt bleibt, sondern als konkreter Erfahrungsraum von Demokratie, Austausch und Mitgestaltung erlebbar wird.

Die Stärkung der politischen Bildung im Land ist uns ein besonderes Anliegen. Politische Bildung ist zur Orientierung in einer immer komplexeren Welt unverzichtbar. Dies gilt auch für die europäische Politik. Die politische Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung und der Träger der politischen Bildung im Land werden wir deshalb weiter stärken.

In den vergangenen Jahren haben wir die demokratische Teilhabe in Mecklenburg-Vorpommern spürbar gestärkt. Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt und damit jungen Menschen mehr Mitbestimmung ermöglicht.

5. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bessere Chancen auf europäische Mobilität, Bildung, Ausbildung und grenzüberschreitenden Austausch erhalten?

Wir wollen die Chancen junger Menschen auf europäische Mobilität und Austausch verbessern, indem wir europäische Programme wie Erasmus + und INTERREG stärker in die Fläche tragen und bestehende Brückenstrukturen im Land weiter unterstützen. Dazu gehören gute Information, Beratung und niedrigschwellige Zugänge für Schulen, Berufsschulen, Hochschulen, Vereine und Initiativen. Für uns ist wichtig, dass grenzüberschreitender Austausch nicht nur wenigen offensteht, sondern möglichst vielen jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

Energie. Infrastruktur und Wirtschaft

6. Welche europäischen Rahmenbedingungen braucht Mecklenburg-Vorpommern, um sein Potential für Offshore-Windenergie in der Ostsee voll auszuschöpfen? Wie wollen Sie sich für deren Umsetzung einsetzen?

7. Wie wollen sie den Ausbau grenzüberschreitender Energieinfrastrukturen im Ostseeraum unterstützen, insbesondere Strom- und Wasserstoffkorridore zwischen Deutschland, Polen, Dänemark und Schweden?

Anmerkung: Die Fragen 6. und 7. werden zusammen beantwortet.

Für die Hebung des Potenzials der Offshore-Windenergie ist eine engere Vernetzung der Stromnetze im Ostseeraum – etwa durch zusätzliche Interkonnektoren und perspektivisch Offshore-Netzhubs – entscheidend. Die EU kann dabei helfen, nationale Interessen im Rahmen bestehender Instrumente zusammenzuführen. Wir werden uns im Ausschuss der Regionen sowie in der Ostseeparlamentarier-Konferenz dafür einsetzen, gemeinsame Initiativen wie koordinierte Ausbaupläne und Positionspapiere aus den Regionen heraus anzustoßen. Dies ergänzt, ersetzt aber nicht den direkten Austausch auf Ebene der Zentralregierungen.

Grenzüberschreitende Energieinfrastruktur wie die Hansa PowerBridge werden wir unterstützen, insbesondere durch die Ausweisung geeigneter Trassenkorridore im Landesraumentwicklungsprogramm und die weitere Abstimmung mit unseren nördlichen und östlichen Nachbarn.

8. Wie wollen Sie die Rolle der Ostseehäfen Mecklenburg-Vorpommerns, etwa Rostock und Sassnitz/Mukran, als europäische Knotenpunkte stärken und Fährverbindungen in andere europäische Länder verbessern? Welche industriepolitischen Impulse wollen Sie setzen, um die maritime Wirtschaft und Hafenindustrie Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum zu stärken?

Die Ostseehäfen sind für Mecklenburg-Vorpommern zentrale europäische Knotenpunkte für Wirtschaft, Energie, Industrie, Sicherheit und Tourismus. Wir wollen insbesondere Rostock, Sassnitz/Mukran und Lubmin als Energie- und Logistikstandorte weiter stärken. Dazu gehören moderne Umschlaganlagen,

verfügbare Entwicklungsflächen, leistungsfähige Straßen- und Schienenanbindungen sowie digitale Hafenlogistik.

Wir stehen für die Erweiterung des Überseehafens Rostock und eine aktive Rolle des Landes bei der Entwicklung der Energiehäfen Rostock, Sassnitz/Mukran und Lubmin. Die Häfen sollen als attraktive Standorte für Offshore-Wind, Wasserstoff, Konverterplattformen, saubere Schiffsversorgung und industrielle Ansiedlungen weiterentwickelt werden. Dafür wollen wir GRW-Mittel noch strategischer einsetzen und zugleich den Bund für eine dauerhaft bessere Finanzierung der See- und Binnenhäfen, über 500 Millionen Euro jährlich, stärker in die Verantwortung nehmen.

Fähr- und Trajektverbindungen sind für intermodale Wirtschaftsverkehre, Tourismus sowie unsere Resilienz und die unserer internationalen Partner im Angesicht wachsender Krisen auch im Ostseeraum von besonderer Bedeutung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Trajektfähigkeit in Rostock und Sassnitz zu sichern sowie die dafür nötigen Hinterlandanbindungen zu modernisieren und auszubauen.

9. Wie wollen Sie die grenzüberschreitende Mobilität nach Polen und die Metropolregion Stettin unterstützen?

Die enge Zusammenarbeit mit Polen ist für die SPD MV das Herzstück unserer internationalen Beziehungen. Die Metropolregion Stettin verbindet MV mit Westpommern in einem gemeinsamen Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum. Die Metropolregion ist ein gelungenes Beispiel grenzüberschreitender Entwicklung. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter stärken, institutionell vertiefen und durch eine umfassende Nachbarschaftsstrategie für den Grenzraum ausbauen.

Grenzüberschreitende Mobilität ist dafür eine Grundvoraussetzung. Wir setzen uns für bessere Bahn- und Verkehrsverbindungen nach Polen und in Richtung Baltikum ein. Dazu gehört es in MV die Vorpommern-Magistrale und darauf aufbauend auch die Südanbindung Usedom über Karnin konsequent voranzubringen, grenzüberschreitende Verbindungen resilienter zu machen und damit die Erreichbarkeit der ganzen Grenzregion zu verbessern.

Organisationen wie die Euroregion Pomerania, Europe Direct und europapolitische Bildungs- und Begegnungsstrukturen bleiben wichtige Brückenbauer. Auch die Geschäftsstelle der Metropolregion Stettin wollen wir gemeinsam mit unseren Nachbarn Brandenburg und Westpommern erhalten und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein barrierefreier Grenzraum, in dem Arbeit, Ausbildung, Kultur und Begegnung über Grenzen hinweg einfacher werden.

Ostseeraum und Zusammenarbeit

10. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Polen, Dänemark und Schweden vertiefen, um Herausforderungen im Ostseeraum – Migration, Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt – gemeinsam zu lösen?

Europa ist für uns weit mehr als Wirtschaftsförderung. Es ist eine Wertegemeinschaft, die auf Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenwürde basiert. Diese Werte sind für uns nicht verhandelbar. In einer Zeit globaler Unsicherheiten bleibt die Europäische Union Garant für Frieden,

Sicherheit und Stabilität. Gerade vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zeigt sich: Ein starkes, geeintes Europa ist Voraussetzung für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand.

Mecklenburg-Vorpommern gestaltet Europa aktiv mit – insbesondere im demokratischen Ostseeraum. Unser Land ist eng mit den Nachbarstaaten des demokratischen Ostseeraums verbunden. Diese "Ostsee-Allianz" basiert auf gemeinsamen Werten und dem Willen, unsere Region als Zone der wirtschaftlichen Stabilität, der menschlichen Begegnung und der nachhaltigen Energieerzeugung zu gestalten. Die Kooperation mit den Ostseeanrainerstaaten werden wir auf allen Ebenen weiter ausbauen. Deshalb wird auch die Bedeutung der Ostsee als Energie-, Daten-, Verkehrs- und Wirtschaftsraum in den kommenden Jahrzehnten weiter zunehmen. Mecklenburg-Vorpommern ist dabei mit seiner geographischen Lage ein wichtiger Knotenpunkt für Energie-, Daten- und Kommunikationsinfrastruktur im Ostseeraum. Gemeinsam mit unseren Partnern im Ostseeraum werden wir den Schutz dieser kritischen Infrastrukturen weiter stärken. Die 2024 verabschiedete Ostseestrategie des Landes bildet dabei den Rahmen für den weiteren Ausbau unseres Netzwerks.

Die enge Zusammenarbeit mit Polen bleibt das Herzstück unserer internationalen Beziehungen. Mit unseren Partnerwojewodschaften Westpommern und Pommern verbindet uns ein gemeinsamer Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum. Die Metropolregion Stettin ist ein Beispiel für gelungene grenzüberschreitende Entwicklung. Diese werden wir weiter stärken und die Kooperation institutionell vertiefen – etwa durch die Unterstützung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). Zugleich entwickeln wir eine umfassende Nachbarschaftsstrategie, um die Zusammenarbeit im Grenzraum weiter auszubauen. Wir wollen auch die gute Zusammenarbeit mit Dänemark und Schweden weiter vertiefen.

Strukturpolitik und Fördermittel

11. Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) sind eine entscheidende Investition der EU in strukturschwache Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern. Wie werden Sie sich in die Diskussionen um den MFR einbringen, um eine auskömmliche Unterstützung für Mecklenburg-Vorpommern zu sichern? Unterstützen Sie den Vorstoß von EU-Kommission und Bundesregierung, in der kommenden Förderperiode mehr Entscheidungsgewalt über die konkreten Förderungen auf nationalstaatlicher Ebene zu bündeln? Wie können die ESIF in Mecklenburg-Vorpommern am besten genutzt werden, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu schaffen?

Mecklenburg-Vorpommern ist seit der Deutschen Einheit im Jahr 1990 in erheblichem Maße durch die EU gefördert worden. Auch dank der EU-Förderung hat unser Land deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Die Modernisierung der Wirtschaft, die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, der Aufbau einer guten Infrastruktur, die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Integration von Erwerbssuchenden in den Arbeitsmarkt, die Stärkung der Bildung und die Bekämpfung der Armut in Mecklenburg-Vorpommern wären ohne die europäischen Mittel nicht in diesem Maße möglich gewesen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Vorstoß von EU-Kommission und Bundesregierung, in der kommenden Förderperiode mehr Entscheidungsgewalt auf nationalstaatlicher Ebene zu bündeln, ab. Die SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern hat den Vorstoß von EU-Kommission und Bundesregierung bereits im Jahr 2025 zum Anlass genommen, zwei Anträge in den Landtag einzubringen. Die Anträge wurden mit großer Mehrheit beschlossen. Die Landesregierung wurde damit beauftragt, sich

auf Bundesebene und auf europäischer Ebene für die Beibehaltung und Weiterentwicklung einer regionalisierten europäischen Kohäsionspolitik inklusive der gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Regional- und Sozialfonds einzusetzen. Ein Punkt soll dabei auch die Förderung des grünen und digitalen Wandels sein, um die Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen zu verbessern und damit Arbeitsplätze zu sichern.